



ABGELEHNT!

Kein Erziehungsgeld wie von FPÖ gefordert!
Mehr auf Seite 4!



Es reicht!

GIS-Gebühren endlich abschaffen!
Mehr auf Seite 9!



Senioren

FPÖ präsentiert ein Modell für Pensionisten
Mehr auf Seite 9!

Wir



NIEDERÖSTERREICHER

Zugestellt durch Post.at

Ausgabe 01 | April 2016

NACHRICHTEN AUS DEM FREIHEITLICHEN KLUB IM NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDTAG

Der Frühling ist da!

Die FPÖ Niederösterreich wünscht Euch allen einen schönen Start in die wunderbare, sonnige Jahreszeit...



Wohnen: Normalverdiener bleibt weiterhin Melkkuh der ÖVP NÖ

Mit insgesamt neun Anträgen wollte und will die FPÖ Niederösterreich das Wohnen für den Mittelstand endlich wieder leistbarer machen. Alle Initiativen wurden abgeschmettert, der Normalverdiener wird weiterhin ausgepresst wie die sprichwörtliche Zitrone.

Weitere Informationen im Blattinneren auf Seite 3!

Wussten Sie, dass ...

Hundesteuer nur noch zweckbinden

Nachvollziehbar „Jede Gemeinde legt derzeit willkürlich fest, wie hoch die Hundesteuer jeweils ausfällt. Damit muss Schluss sein!“, so FPÖ-LAbg. Udo Landbauer. „Dieses Geld soll künftig nur noch zweckgebunden für die Hundebesitzer verwendet werden, etwa für weitere Freilaufflächen oder zusätzliche ‚Gackerl-Sackerl-Automaten‘. Zusätzlich soll diese Abgabe für alle Hunde gleich hoch sein, derzeit kosten ja sogenannte Kampfhunde etwa in St. Pölten das Dreifache von Haushunden...“

INFORMATION

Neue Kooperation mit Liste Frank

Kooperation Die Zusammenarbeit mit der Liste Frank ist fix! „Künftig werden wir bei Anträgen, Anfragen und Aktuellen Stunden mit Klubobmann Gabmann, Dr. Von Gimborn und Dr. Machacek zusammen arbeiten, uns gegenseitig unterstützen und somit garantieren, dass die Stimme des Volkes nach wie vor im niederösterreichischen Landtag gehört wird“, sagt dazu FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl.

Während die Zusammenarbeit mit den Grünen eine pragmatische Maßnahme war, um überhaupt Initiativen im Landtag starten zu können, passt bei der neuen Kooperation auch die inhaltliche Übereinstimmung. Waldhäusl: „Wir sind bei den Themen zu gut 95 Prozent der gleichen Ansicht und verfolgen die gleichen Ziele, die Freiheitlichen freuen sich auf die gute Zusammenarbeit...“

Wohnen: „UNSERE Leut“ zahlen die vierfache Mi



WOHNBAU: Die ÖVP hat das katastrophale System für die nächsten Jahre einbetoniert! Das heißt, UNSERE Leut' bleiben wei

Gesundheit 2020: FPÖ blickt in die Zukunft

Gesundheitssystem liegt im Koma: Zwei-Klassen-Medizin, geschlossene Abteilungen, Kürzungen im Pflegebereich etc.

Obwohl der Gesundheits- und Pflegebereich jährlich vier Milliarden Euro verschlingt, läuft das System rundum verkehrt und es plagen sich die Niederösterreicher mit einer nie dagewesenen Zwei-Klassen-Medizin herum. „Doch es ist Licht am Ende des Tunnels: Es gibt eine Zeit nach Landesfürst Pröll - und wenn sich nach den Landtagswahlen 2018 die politischen Verhältnisse im Land anders darstellen - wird das System endlich gesunden. Denn wenn die FPÖ dann ein gewichtiges Wörtchen mitzureden hat, hat die Politik im Gesundheitsbereich nichts mehr verloren, die Zwei-Klassen-Medizin muss Geschichte sein und die Menschen müssen endlich die für ihr Geld zustehende Leistung erhalten“, so FPÖ-LAbg. Ing. Martin Huber.

Die Freiheitlichen fordern daher im Rahmen ihres „Gesundes NÖ - Zukunftsmodell 2020“ folgende Maßnahmen:

Allgemeinmediziner: Ausbildung und Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden, sodass der Beruf wieder attraktiver wird

Fachärzte: Die Wartezeiten müssen drastisch verkürzt werden. Zudem müssen die Kassen mehr Leistungen finanzieren, sodass etwa ein Zahn-Tourismus in den Osten nicht mehr notwendig ist

Landeskliniken: Jedes Spital muss eine Grundversorgung anbieten - Anästhesie und Intensivmedizin, Chirurgie, Innere Medizin, Gynäkologie und Geburtshilfe

Notarzt: An jedem Bezirkskrankenhaus muss rund um die Uhr ein Notarzt in Bereitschaft stehen

Nachsorge: Reha- und Kuraufenthalte müssen rascher abgewickelt werden

Pflegeheime: Neben den Pflegeheimen muss auch der privat arbeitende Bereich verstärkt gefördert werden

Pflege daheim: Die Menschen sollen so lang wie möglich in ihren eigenen vier Wänden gepflegt werden. Hier müssen Verschlechterungen beim Pflegegeld zurückgenommen werden, pflegende Angehörige soll Bezahlung und Pensionsanspruch zustehen.





ete!“



terhin übrig, während etwa Asylberechtigte eine günstige Wohnung nach der anderen nachgeschmissen bekommen.

Sage und schreibe neun (!) Anträge zum Thema „Wohnbau in Niederösterreich“ haben die Freiheitlichen NÖ bereits im Oktober 2015 eingebracht. Erklärtes Ziel dieser Landtagsinitiative war, den Menschen das Wohnen wieder leistbarer zu machen. Jetzt, ein halbes Jahr später, hat sich die ÖVP endlich durchgerungen, sich diesem wichtigen Themen zu widmen - aber leider nur pro forma.

„Denn ändern wollen die Pröll-Getreuen gar nichts, das Wohnen bleibt für die Normal- und Mittelverdiener unleistbar!“, so FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl. Das im Wohnbaubereich vorherrschende, katastrophale System wird für die nächsten Jahre einzementiert: Das heißt, dass schwarze und rote Wohnbaugenossen-

schaffen weiterhin Steuermillionen hin- und herschaufeln, während die Bürger des Mittelstandes übrig bleiben. Nur eine Änderung der bestehenden Förderrichtlinien des Landes könnte Abhilfe schaffen. Denn: Subsidiär Schutzberechtigte und Asylanten erhalten derzeit Mietbeihilfe samt Superförderung, eine mit Steuergeld errichtete Genossenschaftswohnung kostet für sie monatlich somit 220 Euro. Im Gegensatz dazu muss der Normalverdiener (1.250 Euro) bis zu 800 Euro hinblättern. Dieses System muss schnellstmöglich aufgebrochen werden, dahingehende FPÖ-Anträge sind für die ÖVP allerdings kein Thema und wurden im März-Landtag erneut abgelehnt...



KO Gottfried WALDHÄUSL

Gedanken des Klubobmanns

Wohnen ist teils ein unleistbarer Luxus

Des einen Freud', des anderen Leid'! So könnte man die Situation am heimischen Wohnungsmarkt bezeichnen. Während Asylberechtigten eine (billige) Genossenschaftswohnung nach der anderen nachgeschmissen wird, kann sich der Mittelstand seine eigenen vier Wände immer weniger leisten.

Es ist keine Seltenheit, dass UN-SERE Leut', die seit Jahren ins System einbezahlt haben, die mit ihrem Geld geförderte Wohnung räumen müssen, weil 800 Euro Miete bei einem Einkommen von 1.250 Euro einfach nicht drinnen ist.

Steuerzahler ist der doppelt Geschnapste

Logisch! Denn diese Einkommensgruppe erhält weder Wohnbeihilfe noch Superförderung. Diese steht allerdings Asylanten und subsidiär Schutzberechtigten zu, für sie kostet die gleiche Wohnung 220 Euro. Und der Steuerzahler ist der doppelt Geschnapste: Er zahlt nicht nur die Errichtung des Wohngebäudes, sondern auch die finanzielle Unterstützung für die Zugezogenen. Gute Nacht, Österreich! Euer Gottfried Waldhäusl



MILITÄR-TREFF

Im Rahmen seines St. Pölten-Besuchsmache Bundespräsidentenwahlkandidat Norbert Hofer einen Zwischenstopp bei Militärkommandant Rudolf Striedinger. Mit dabei: Dr. Walter Rosenkranz und Klubobmann Gottfried Waldhäusl.

Punkt Meldung: Pleite, Armut ...

● EVN-Teuerungswelle geht munter weiter

„Der Abzocke durch das Kleingedruckte auf der Strom- und Gasrechnung muss endlich ein Riegel vorge-schoben werden“, so FPÖ-LAbg. Ing. Martin Huber. „Mit Jahresbeginn hat die EVN die Netzentgelte um knapp elf Prozent erhöht, das ist eine un-gerechtfertigte finanzielle Mehrbelas-tung für die Haushalte und Betriebe. Die EVN soll ihre desaströsen Aus-landsgeschäfte abstellen und güns-tige Energie im Lande liefern!“

● Wiener Neustadt als Asylwerber-Paradies

„Jetzt wird auch Wiener Neustadt mit Asylwerbern überflutet, die Roigk-Halle steht für die Unterbrin-gung von mehr als 300 Menschen



bereit“, kritisiert FPÖ-LAbg. Udo Landbauer. „Die Freiheitlichen ver-wehren sich massiv gegen das un-demokratische Durchgriffsrecht des Bundes, das derartige Zustände möglich macht!“ Asylwerber bis zu einer gewissen Anzahl dürfen jeder-zeit in den Gemeinden untergebracht werden. „Wir lassen uns das in Wiener Neustadt nicht gefallen und haben bereits mit Unterschriftenak-tionen, Bürgerversammlungen und einer Großdemonstration auf diese Situation aufmerksam gemacht“, sagt Landbauer. „Hunderte Men-schen haben dabei ihrem Unmut Luft gemacht. Wenn die Verantwortlichen von SPÖ und ÖVP die Lösung im Durchgriffsrecht sehen, müssen sie umgehend zurücktreten!“

„NÖ Erziehungsgeld“ für UNSERE Mütter

Sinkende Geburtenraten: Erziehungsberechtigte sollen Eltern-geld in Höhe der Mindestsicherung erhalten - abgelehnt!



▶ **KINDERSCHWUND:** Die finanzielle Lage der Niederösterreicher bremst den Wunsch nach Nachwuchs ein!

Die finanzielle Lage der Niederösterreicher bremst nachweislich den Kinderwunsch: 2004 wurden in NÖ 14.322 Kinder geboren, 2014 wa-ren es 14.296. Wenn man allerdings die stetige Zuwanderung und die in diesem Bereich statt-findenden Geburten berücksichtigt, werden die niederösterreichischen Kinder immer weniger.

Mit dem „NÖ Erziehungsgeld“ soll nun echte Wahlfreiheit geschaffen werden. „Zusätzlich zum Kinderbetreuungsgeld sollen künftig an den jeweiligen Erziehungsberechtigten monatlich 838 Euro - angepasst an die Bedarfsorientier-te Mindestsicherung - für maximal sechs Jahre ausbezahlt werden“, argumentiert FPÖ-Klubob-

mann Gottfried Waldhäusl. Die Mutter bzw. der Vater geht mit der Geburt des Kindes quasi einen Generationenvertrag mit dem Land NÖ ein und erhält als monatliches Salär - zusätzlich zum Kinderbetreuungsgeld - ein Erziehungsgeld bzw. Elterngehalt.

Mit dieser Maßnahme soll ein nachhaltiger Moti-vationsschub für die Familiengründung geschaf-fen werden. Mütter und Väter, die ihren Nach-wuchs vorrangig betreuen, müssen zumindest den gleichen Stellenwert haben wie Asylanten, die noch keinen Cent in unser Sozialsystem ein-bezahlt haben. Der Antrag wurde im Landtag abgelehnt!

Arbeitsmarkt schließen

82.000 Niederösterreich derzeit auf Jobsuche - Ostöffnung ist Ursache für die arbeitsmarktpolitische Schieflage

Die Arbeitslosigkeit in NÖ ist weiterhin im Ansteigen begriffen. Mit Jänner 2016 waren sage und schreibe 82.000 Nie-derösterreicher ohne Arbeit. „Bei der ÖVP NÖ sucht man vergebens nach effektiven Lösungs-maßnahmen“, ist FPÖ NÖ-Landesobmann Wal-ter Rosenkranz empört. Verantwortlich für die

arbeitsmarktpolitische Schieflage ist etwa die Ostöffnung des Arbeitsmarktes. Seit dieser sind über 140.000 Arbeitskräfte, vorwiegend aus Ru-mänien, Bulgarien und Ungarn nach Österreich geströmt. „Eine sofortige sektorale Arbeitsmarkt-schließung ist das Gebot der Stunde“, fordert Rosenkranz.

Keine Kriminalisierung der Waffenbesitzer

Die EU verschärft die Waffengesetze und macht Opfer zu Tätern, FPÖ startet landesweite Kampagne gegen die Richtlinie

Der Kampf gegen den anhaltenden Terrorismus überfordert die Brüsseler Eurokraten maßlos! Anstatt unsere Bevölkerung zu schützen, verschwört man sich gegen rechtschaffene Bürger“, kritisiert der geschäftsführende Landesparteiobmann der FPÖ NÖ, Ing. Christian Höbart. Die Freiheitlichen starten daher aktuell die Kampagne „Nein zur Kriminalisierung der Waffenbesitzer“.

Künftig sollen sowohl der Besitz als auch der Handel mit halbautomatischen Waffen verboten werden. Zudem werden sogar Schreckschuss-, Salut-, Gas- und Signalwaffen genehmigungspflichtig. „Anstatt sich den illegalen Waffenhandel verstärkt vorzunehmen, schikanieren die Eurokraten Besitzer von legalen Waffen“, kritisiert Höbart. „Denn Fakt ist, dass Terroristen die grundfalsche EU-Politik der offenen Grenzen nutzen, um seelenruhig mit ihren am Schwarzmarkt erlangten Waffen kreuz und quer durch den Kontinent zu tingeln und ihre Anschläge planen.“

Die Freiheitlichen werden sowohl auf Bundes- als auch auf Lan-

desebene gegen diese EU-Schikane ankämpfen. Höbart: „Anstatt unsere Bürger zu kriminalisieren, muss der illegale Waffenhandel verstärkt ins Visier genommen werden...“

► **JÄGERLATEIN:** Mein Gewehr ist jetzt in Brüssel!



FPÖ: Bargeld erhalten

Überwachungsstaat verhindern - Unsere Ersparnisse könnten jederzeit in leerwerdende Staatskassen gespült werden

Der Ruf der abgehobenen europäischen Finanzeliten nach Abschaffung des Bargeldes wird immer lauter. Es soll eine Bargeldobergrenze von 5.000 Euro gesetzlich verankert werden. Angeblich, um der Steuerhinterziehung sowie dem Terror den Kampf anzusagen. Kritik kommt von FPÖ-LAbg. Udo Landbauer: „Wenn die Menschen gezwungen werden, ihr Bargeld auf die Bank zu legen, ist dem Überwachungsstaat Tür und Tor geöffnet. Man kann in Folge unsere Ersparnisse in leerwerdende Staatskassen spülen. Wir verwehren

uns massiv gegen den Angriff auf das Vermögen der Menschen,“ so Landbauer. Die FPÖ NÖ sprach sich im März-Landtag mit aller Vehemenz gegen die Abschaffung des Bargeldes aus...



LPO Dr. Walter ROSENKRANZ

FPÖ-Präsident im Anflug

Norbert Hofer hat am 24.4. beste Chancen

Besser denn je sind die Chancen, dass am 24. April. ein Freiheitlicher in die Stichwahl und in weiterer Folge zum Bundespräsidenten gewählt wird.

Mit Norbert Hofer ist die FPÖ bestens aufgestellt: Aus seiner parlamentarischen Arbeit ist er als sachorientierter Umwelt-, Energie- und Behindertenpolitiker bekannt und auch anerkannt. Wer ihn kennt, weiß, dass Hofer es nicht nötig hat, Fairness-Abkommen zu unterschreiben. Denn Fairness ist bei ihm Programm. Deshalb ist er auch besser für dieses Amt geeignet als die Einheitskandidaten.

Eine Wende im Sinne aller Österreicher

Ein Bundespräsident sollte sich nämlich stets vor Augen halten, dass er im höchsten Amt der Republik alle Österreicher zu vertreten hat. Auch wenn ihm Wahlergebnisse persönlich nicht gefallen sollten. Eine Wende ist möglich – mit einer Stimme für Norbert Hofer am 24. 4.!

Euer Walter Rosenkranz

FPÖ BP-Kandidat Ing. Norbert **HOFER**

So sehe ich die Sache

Misstände abstellen oder Neuwahlen

Kurswechsel Die SPÖ/ÖVP-Regierung hat Österreich in den vergangenen Jahren wirtschaftlich wie auch gesellschaftlich in eine Position hineinmanövriert, die einen Kurswechsel erforderlich macht. Angefangen von der Griechenlandkrise über die Bankenkrise bis hin zur Asylkrise hat die Faymann-Regierung konsequent Entscheidungen zum Schaden der Österreicher getroffen. Niemals zuvor in der Geschichte der Zweiten Republik haben die Menschen in unserer Heimat so deutlich gespürt, dass eine Wende in der politischen Führung notwendig ist. Bislang wird aber jede Veränderung durch SPÖ und ÖVP verunmöglicht, weil sie sich aus Angst, Einfluss und Posten zu verlieren, aneinander gekettet haben.

Schwache Bundesregierung zur Räson bringen

In einer derartigen Krise braucht es einen starken Bundespräsidenten der die schwache Bundesregierung zur Räson bringt. Daher: Sollte ich zum in dieses Amt gewählt werden, würde ich diese Misstände sofort abstellen und Neuwahlen anstreben. Dazu stehe ich mit meinem Namen!

Euer Norbert Hofer

Billige ÖVP-Propaganda

Familienbeihilfe ins Ausland: Keine Taten nach Kurz'schen Worten

Schon seit vielen Jahren fließen Unsummen an Familienbeihilfe ins Ausland, die FPÖ fordert genau solange eine Änderung des Systems. „Ich habe daher eine Anfrage an den Finanzminister gestellt. Die Zahlen, die daraufhin bekannt wurden, sind mit 223 Millionen Euro haarsträubend“, kritisiert FPÖ-NAbg. Edith Mühlberghuber.

Gleichzeitig zur Anfragebeantwortung ortete offenbar endlich ÖVP-Kurz „Handlungsbedarf“, zumindest forderte er medienträftig all das, das die Freiheitlichen wiederholt beantragt hatten. „Offenbar passte es ihm gut ins tagespolitische

Geschehen“, so Mühlberghuber. „Grundsätzlich erfreulich, dass die ÖVP unsere Forderung aufgegriffen hat. Aber leider ist bis dato nichts passiert, also war es wohl wieder nur die übliche ÖVP-Propaganda...“



► **MÜHLBERGHUBER:** Pflanz durch Minister Kurz.

Unfälle nicht verhindern

FPÖ gegen Verlängerung des Probeführerscheins

Einer Ausdehnung des Probeführerscheins, wie sie vom Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV) gefordert wurde, kann FPÖ-NAbg. Christian Hafenecker nichts abgewinnen: „Wer im Straßenverkehr unachtsam und fahrlässig fährt, der wird sich auch von einem verlängerten Probezettel nicht abhalten lassen. Diese Maßnahme verhindert keine Unfälle!“

„Der Anstieg der Verkehrstoten im Vorjahr ist mehr als bedauerlich, genauso wie die starke

Gefährdung von jungen Lenkern. Ob allerdings eine Verlängerung des Probeführerscheins auf drei oder vier Jahre mehr Sicherheit schafft und eine Bewusstseinsbildung hin zu weniger Risikobereitschaft einleitet, bezweifle ich stark“, argumentiert Hafenecker. Genauso verhält es sich beim Vorstoß des KfV für Nachschulungen nach dem Verwenden des Handys am Steuer. Hafenecker: „Die aktuellen Sanktionsmöglichkeiten reichen voll und ganz aus...“



Privatheit muss bleiben

Abschaffung des Bargeldes ist Beginn der Unterdrückung

Es geht um das Ende der Privatheit und selbstbestimmter Entscheidung, um Lenkung von Verhalten und Zugriff auf das Vermögen“, kritisiert FPÖ-NAbg. Barbara Rosenkranz die vieldiskutierte Abschaffung des Bargeldes.

Geld wäre laut Rosenkranz kein privates Eigentum mehr und der Zugriff

des Fiskus auf das Konto des Bürgers selbstverständlich, ganz abgesehen davon gäbe es kein Entrinnen mehr vor Überwachung und Unterdrückung. „Erst hieß es, Geldwäscher und Steuerhinterzieher müssten bekämpft werden, hieß es anfänglich. Jetzt will man angeblich den Terrorismus bekämpfen. Die wahren Gründe sind allerdings andere...“



Keine Konsequenzen nach ORF-Skandal!

„Fluchthelfer-Beitrag“: Staatsanwaltschaft verweigert Ermittlungen gegen organisierte, illegale Einreise aus Ungarn

Der österreichische Rundfunk macht wieder einmal mit einem Skandalbeitrag auf sich aufmerksam. Dabei begleitete das ORF-Team einen PKW-Konvoi, der nach Budapest aufbrach, um Flüchtlinge illegal nach Österreich zu holen.

„Im Fremdenpolizeigesetz ist die Förderung der rechtswidrigen Einreise Fremder klar unter Strafe gestellt“, hält FPÖ-NAbg. Christian Hafenecker fest. Der ORF filmte einen ganzen Konvoi sogenannter „Fluchthelfer“, im Wissen, dass deren Handeln klar gegen das Gesetz verstößt. Trotz einer ausführlichen Sachverhaltsdarstellung an die Oberstaatsanwaltschaft Wien wurden keine Ermittlungen eingeleitet. „Ich frage mich ernsthaft, ob wir noch in einem Rechtsstaat leben oder ob die gutmenschelnde Asyllobby auch schon rechtliche Narrenfreiheit besitzt. Ich erwarte mir, dass

sich die Staatsanwaltschaft auf die Einhaltung der Gesetze konzentriert. Die Ermittlungen zu verweigern ist wirklich skandalös“, übt Hafenecker harsche Kritik.



► **FLÜCHTLINGE:** Maulkorb für Staatsanwalt?

Mehr Wertschätzung für unsere Polizisten!

Asylkrise: Beamte arbeiten am Limit, werden in gewissen Medien aber immer wieder gerne verunglimpft

Gerade jetzt, in der Asylkrise arbeiten die Kollegen am Limit und darüber hinaus! Sie versuchen jeden Tag aufs Neue die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, auch unter widrigsten Bedingungen“, sagt AUF-Bundvorsitzender Bundesrat Werner Herbert. „Verunglimpfungen der Polizisten, wie sie etwa kürzlich in den ‚Salzburger Nachrichten‘ zu lesen waren, haben sie sicherlich nicht verdient.“

Es ist für Herbert empörend, wenn in diversen Medien der Ruf der Polizei angepatzt und sie gar - wie in besagtem Bericht - als Komplexler-Vereinigung hingestellt wird: „Einzelne Vorfälle zu

einem System der permanenten Übergriffe aufzubauschen, ist skandalös. Gerade in Zeiten wie diesen haben die Polizeibeamten eine entsprechende Wertschätzung verdient...“



► **POLIZEI:** Arbeit hat sehr hohen Stellenwert.



BPO Heinz Christian **STRACHE**

Jetzt zeigt's Euch der HC!!

Türkei: EU-Vollbeitritt steht Türe jetzt offen

Notbremse Mit dem Türkei-Deal hat die EU die Tore weit für einen Vollbeitritt der EU geöffnet! Ein Land, das die europäischen Menschenrechtsstandards nicht einmal im Ansatz erfüllt, hat in diesem Europa aber nichts verloren. Die FPÖ fordert daher eine Volksabstimmung über den Türkei-Beitritt.

Es ist eine Schande, was aktuell passiert ist. Die EU hat sich von der Türkei erpressen lassen und kein normal denkender Mensch wird davon ausgehen, dass es bei den vereinbarten Zahlungen an die Türken bleiben wird. Ganz abgesehen davon ist es unfassbar, dass zwischen dem NATO-Land Türkei und dem NATO-Land Griechenland überhaupt ein Deal notwendig ist.

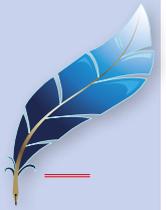
Türkei-Beitritt kommt für mich nicht in Frage

Angesichts der fatalen Merkel-Europapolitik ist es daher an der Zeit, die Menschen im Rahmen einer Volksabstimmung zu befragen. Dass die Österreicher einen Türkei-Beitritt wollen, kann ich nicht glauben. Fr mich kommt er auf jeden Fall nicht in Frage.

Euer HC Strache

Was Leser aus ganz Niederösterreich uns schreiben ...

Hier abgedruckte Texte müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion und der FPÖ NÖ decken. Die Redaktion behält sich die Kürzung eingesandter Texte vor.



Leidige SPÖ-Willkommenspolitik

Sehr geehrter Herr Landesgeschäftsführer Laimer, sie wettern gegen „die Grenze des guten politischen Geschmacks, die überschritten wurde“. Ihr Geschmack interessiert die Opfer von Gewalt und sexueller Belästigung jedoch sicher nicht. Diese haben ganz andere Sorgen und Ängste! Ihre permanenten linkspopulistischen Hetzparolen und verbalen Entgleisungen gegen kritische Stimmen im Kontext einer explodierenden Kriminalität, die vornehmlich durch Migranten und Asylwerber verursacht wird, stellen einen subtilen Anschlag gegen den Rechtsstaat Österreich dar.

Anstatt die ausufernde Kriminalität im Zusammenhang mit Asylwerbern zu verurteilen, verharmlosen Sie selbige. Zudem sind ihre inländerfeindlichen Statements purer Zynismus für die Opfer etwaiger Übergriffe. Durch ihre Lügen und dummen sowie provokanten Äußerungen leisten sie der linksextremen Anarchie Vorschub. Treten sie zurück, sie haben schon lange genug auf Kosten des

Steuerzahlers gelebt.

Die Willkommens- und Gratiskultur samt einer seit Jahrzehnten gescheiterten SPÖ-Integrationspolitik, gepaart mit falsch verstandener Toleranz spaltet Österreich und gefährdet den sozialen Frieden weil der verängstigten autochthonen Bevölkerung kein Gehör mehr geschenkt wird.

Mag. Robert Prätorius



Angst auf den Straßen St. Pöltens

Lieber Herr Klubobmann Waldhäusl, danke dass Sie sich für ein Ausgehverbot von Flüchtlingen einsetzen. Ich wohne in der Nähe des Traisenparks und traue mich als Frau bei Einbruch der Dunkelheit nicht mehr aus dem Haus. Meinen Nachbarn geht es genauso, selbst ältere Män-

ner meiden es, am Abend noch außer Haus zu gehen. Die Ausländer kommen einem verummmt und in Scharen entgegen, das ist wirklich zum Fürchten! Bitte bleiben Sie dran und kämpfen Sie weiter, damit wir uns in unserem eigenen Heimatland endlich wieder sicher fühlen können.

Frau B., St.Pölten

Köln - die multikulturelle Bereicherung

Halten wir zunächst fest, dass das Verbrechen, fremde Invasionsmassen planmäßig in unser angestammtes Land zu locken, gleichbedeutend ist mit der Auflösung aller Rechtsgrundsätze. Die Ausführenden dieser Umvolkung, die "Pseudodemokratischen Politdarsteller" sind daher als Gesetzesbrecher zu sehen. Faymann, Merkel und wie sie alle heißen, sind schuld an den herrschenden Zuständen. Die kriegsähnlichen Ereignisse der Silvesternacht 2015 haben nur eine Ursache: Die planmäßige Flutung unserer Heimat mit Verbrechen, Terroristen, Schmarotzern und Wirtschaftsflüchtlingen. Von Seiten des politischen Establishments wird uns eine Lüge nach der Anderen aufgetischt. Der Wind dreht sich und es ist an der Zeit, Politik für unsere Bevölkerung zu machen.

Christian B., Wien

Asylwerber: Mindestbezug kürzen!



ES REICHT: Bildtext mit maximal 45 Zeichen!

Die FPÖ Niederösterreich will die Mindestsicherung für Asylwerber halbieren!

Betroffen von dieser Maßnahme sollen sowohl befristete Asylberechtigte als auch subsidiär Schutzberechtigte sein. Als befristet gelten alle, die seit Mitte November in unserem Land Asylstatus haben. „Beide Gruppen sollen künftig nur noch 440 Euro anstatt der bisher 914 Euro pro Monat bekommen“, sagt FPÖ-Klubobmann Gottfried Wald-

häusl. „Diese verringerte Summe entspricht der Mindestsicherung in der Grundversorgung. Österreich darf nicht länger das Schlaraffenland für Asylwerber sein!“

Weiters soll die Leistung für Mehrperson-Haushalte bis 1.500 Euro gedeckelt werden, im ersten Jahr sollen vermehrt Sachanstatt Geldleistungen zur Verfügung gestellt werden. Wer außerdem arbeitsunwillig ist, dem soll die Mindestsicherung nach einem Jahr um 25 Prozent gekürzt werden...



FPÖ: Mehr Initiativen für unsere Senioren

Skandal: ÖVP steht zu Verschlechterungen beim Pflegegeld

Obwohl das von der FPÖ geschneiderte „Seniorenmodell für NÖ“ teils von der ÖVP übernommen wurde, fehlen den Freiheitlichen noch zwei wichtige Aspekte. Die in Zusatzanträgen gefordert, im Jänner-Landtag aber abgelehnt wurden.

„Im Seniorenbereich liegt vieles brach, die kalte Progression muss abgeschafft werden, beim Pflegegeld gibt es deutliche Verschlechterungen

und ein Bürokratieabbau für Ausgleichszulagenbezieher ist unbedingt notwendig“, so FPÖ-LAbg. Erich Königsberger. In diesen Bereichen erkannte die ÖVP die Notwendigkeit. Die FPÖ-Zusatzanträge für die Rücknahme der Verschlechterungen beim Pflegegeld und ein neues Bonus-System zur Verringerung der Altersarbeitslosigkeit waren für die ÖVP unverständlicherweise kein Thema, die freiheitlichen Initiativen wurden abgeschmettert. 



GENUG! Für unsere Senioren hat die ÖVP Niederösterreich nur begrenzt etwas übrig.

Aus für Sextouristen!

FPÖ forderte im Landtag mehr Sicherheit für UNSERE Leut'

Die Übergriffe durch Asylwerber werden immer mehr, viele Mädchen und Frauen trauen sich nach der Dämmerung nicht mehr alleine auf die Straße. Die FPÖ forderte im Landtag daher etwa ein Ausgangsverbot für männliche Asylwerber in den Nachtstunden.

„Ein grundverschiedenes Frauenbild, ein völlig anderer Kulturkreis, in dem Frauen nur wenig Akzeptanz erfahren und ein patriarchales Weltbild stehen im krassen Gegensatz zu europäischen Werten und Grundsätzen“, so FPÖ-Klubobmann

Gottfried Waldhäusl. Das sind die Ursachen für ständige Übergriffe in Bädern, auf Straßen oder in Verkehrsmitteln. Damit muss Schluss sein! Die FPÖ forderte daher im Rahmen der Aktuellen Stunde ein Ausgangsverbot für Asylwerber und Asylanten während der Nachtstunden, ein Betretungsverbot dieser Zuwanderer für öffentliche Bäder, wo bereits Vorfälle dokumentiert wurden sowie einen Zuschuss vom Land für Selbstverteidigungskurse von Frauen und Pflichtschülern... 

Punkt Meldung: Pleite, Armut ...

● FPÖ Waldhäusl fordert Gyn-Ambulanz!

„Die für 2017 angedrohte Schließung der gynäkologischen Abteilung samt Geburtsstation am Krankenhaus Waidhofen/Thaya sorgt nach wie vor für große Verärgerung in der Region“, sagt FPÖ-Klubobmann und Vizebürgermeister Gottfried Waldhäusl. Die Freiheitlichen fordern daher die Einrichtung einer gynäkologischen Ambulanz bis zum Jahre 2018, danach muss eine Gyn-Ambulanz inklusive einer Geburtsstation an allen niederösterreichischen Landeskliniken ohnehin Standard sein. „Dafür wird die FPÖ sorgen, wenn sie nach der Landtagswahl die Oppositionsrolle hinter sich hat...“ Über 16.000 Menschen hatten sich mit ihrer Unterschrift für den Erhalt der wichtigen Abteilung ausgesprochen, die Pröll-ÖVP und seine Landeskliniken-Holding hält trotzdem an ihrer Entscheidung für eine Schließung fest.

● FPÖ NÖ: GIS-Gebühr endlich abschaffen



Der ORF nimmt seinen öffentlich-rechtlichen Bildungsbeitrag längst nicht mehr wahr! Aus diesem Grund forderte die FPÖ NÖ im Landtag die Abschaffung der GIS-Gebühr. „Immer mehr Menschen fragen sich zu Recht, warum sie diese bezahlen müssen“, so FPÖ-LAbg. Ing. Martin Huber. „Die vom ORF ausgestrahlte Volksverblödung im Nachmittags- und Vorabendprogramm kennt keine Grenzen mehr, warum soll man dafür zahlen?“ Der FPÖ-Antrag wurde abgelehnt.



SeitenBLICKE in Gelb | Blau

Gyn-Erhalt

Bei einer Bürgerversammlung in Waidhofen/Thaya sprachen sich erneut dutzende Menschen für den Erhalt der Gynäkologie samt Geburtshilfestation am örtlichen Krankenhaus aus. Gottfried Waldhäusl steht auf ihrer Seite.



HC Strache rockt Tulln

HC Strache, Christian Lausch, Udo Landbauer und Andreas Bors machten bei einem Benefiz-Clubbing in Tulln die Nacht zum Tag!



Häuslbauermesse

Alles rund um's Häuslbauen erfuhren Christian Hafenecker, Udo Landbauer und Andreas Bors bei der gleichnamigen Messe in Amstetten, jetzt heißt es nur noch: Arme hochkrepeln...



Neujahrstreffen in Wels

Hevorrangende Stimmung herrschte beim FPÖ-Neujahrstreffen in Wels. Mit dabei: Gottfried Waldhäusl, Erich Königsberger, Hannes Böck, Petra Tauber und Peter Matzel aus Neulengbach.



Demo gegen Versager

100e polterten gegen Pleiten-, Pech- und Pannenregierung

Bei der Demonstration gegen die Bundesregierung in Wiener Neustadt haben mehrere hundert Menschen deutlich gemacht, was sie von der Pleiten-, Pech- und Pannenstrategie von SPÖ und ÖVP halten“, so FPÖ-Landesparteiobmann Dr. Walter Rosenkranz.

Es ist ja nicht nur der Asylbereich, wo die Regierung versagt. Auch bei der Sozial- und Familienpolitik, bei der Bildung und den Pensionen müssen endlich sinnvolle Maßnah-

men ergriffen werden. Rosenkranz: „Schuld an der jetzigen Asylmisere sind ja nicht die illegale Zuwanderer, sondern die unsägliche Einladungs politik unserer Regierung...“

„Das Durchgriffsrecht der Bundesregierung macht es möglich, dass jetzt immer mehr Gemeinden mit Asylwerbern überflutet werden. Da ist es kein Wunder, dass sich unsere Bevölkerung nicht mehr sicher fühlt“, kritisiert FPÖ-LABg. Udo Landbauer.



DEMO: In Wiener Neustadt ohne Übergriffe.



Flott auf der Seniorenmesse

Walter Rosenkranz, Edith Mühlberghuber, Benno Sulzberger und weitere Freiheitliche führten auf der Runde durch die Seniorenmesse St. Pölten viele gute Gespräche.

Schnapserrunde in Alt-Waidhofen



Zankerlschnapsen

Das sogenannte Zankerlschnapsen, dem Karteln um ein Stückerl Geselchtes, ist ein liebgewonnener und gelebter Waldviertler Brauch. Walter Rosenkranz, Gottfried Waldhäusl, Inge Österreicher, Barbara Fasching u.v.a. waren heuer teils sowohl in Alt-Waidhofen und in Dietmanns mit Feuereifer mit dabei...



Schnapserrunde in Dietmanns

Ball der Rauchfangkehrer

Köstlich unterhalten bis spät in die Nacht haben sich Erich Königsberger mit Gattin Aurelia beim Rauchfangkehrer-Ball in Ober-Grafendorf.



Asylanten als Gewinner

Für UNSERE Leut' zu teure Wohnung bekommen Zuwanderer

Mittlerweile sind selbst Genossenschaftswohnungen für den Otto-Normalverdiener nicht mehr leistbar, 800 Euro monatlich plus Nebenkosten unerschwinglich“, so FPÖ-LAbg. Ing. Martin Huber. „Die Folgen: Für die Bevölkerung nicht bezahlbare Unterkünfte werden kurzerhand Asylberechtigten zugeschanzt, der Steuerzahler ist dabei der doppelt Geschnapste...“

chen es möglich, dass die Genossenschaften nicht lange fackeln. So blieb etwa die „Alpenland“ im Bezirk Melk auf ihren Objekten sitzen, jetzt kommen Asylanten in den Genuss einer für sie günstigen Wohnung. Huber: „Der Steuerzahler berappt nicht nur die Errichtung des Wohngebäudes, sondern auch die Wohnbeihilfe, die dem Zuwanderer selbstverständlich zusteht. FPÖ-Anträge, die das Wohnen für UNSERE Leut' leistbar machen sollen, wurden jedoch abgelehnt!“

Die Wohnbaurichtlinien von ÖVP-Sobotka ma-



Zahl des Tages

19.629

... Schusswaffen wurden in Niederösterreich seit Juli 2014 erworben. Durch die stetig steigende Kriminalität gibt es ganz offensichtlich ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung!

Generalsekretär Herbert **KICKL**

Pensionisten als Verlierer

Groß angekündigte Reform ist gescheitert

Flickwerk Die groß angekündigte Pensionsreform von SPÖ und ÖVP ist gescheitert! Das zusammengeschnitzte Reförmchen ist eine sozialpolitische Moggelpackung der Sonderklasse. Von einer mittel- bis langfristigen Sicherung des österreichischen Pensionssystems ist man jetzt weiter entfernt als je zuvor. Kein Wort von einer Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger bzw. einer Harmonisierung des Pensionssystems bei Beiträgen und Leistungen, keine Antwort auf das immer größere Loch in der Arbeitslosenversicherung. Bezeichnend, dass aber über die Abschaffung der Witwen- und Waisenpension diskutiert wurde.

Euer Herbert Kickl

Justiz als Lachnummer

Kriminelle narren die Justiz - und diese sieht tatenlos zu!

So wird unsere Justiz zur Lachnummer! Eine 38-jährige Serientäterin aus Serbien setzte sich kürzlich samt Fußfessel ins Ausland ab, durchrennte diese kurzerhand und schickte sie den österreichischen Behörden retour. NAbg. Christian Lausch fordert Aufklärung: „Die Justiz wird total ins Lächerliche gezogen!“

Aufgeflogen ist der brisante Fall überhaupt erst durch einen Anruf der Verurteilten. Die flüchtige Frau meldete sich bei der Justizanstalt Korneuburg und teilte mit, sie sei geflüchtet und werde die Fußfessel retour schicken. „Und die jetzige Regierung geht auf Tauchstation, sagt hiezu auch noch Dankeschön!“, kritisiert der Mandatar. Insgesamt wurden bis dato 23 Fluchtversuche mit der Fußfessel registriert. Lausch befasst nun das

Justizministerium mit der Causa. „Eine parlamentarische Anfrage ist im Laufen.“ 



FUSSFESSEL: Von der Täterin per Post retourniert!

Polizisten als Opfer!

Gefährlicher Job: Regierung lässt Beamte im Regen stehen

Polizisten leben gefährlich! Immer öfter enden Amtshandlungen für Beamte mit Verletzungen - oft sogar tödlich. Sage und schreibe 1.983 Beamte wurden allein im vergangenen Jahr im Dienst verletzt.

AUF-Bundesvorsitzenden Bundesrat Werner Herbert schlägt Alarm, für ihn hat der Negativtrend zwei Hauptursachen: Zum einen wird den Polizisten in Ausübung ihrer Dienstpflichten immer aggressiver gegenübergetreten. Zum anderen

gibt es viel zu wenige Polizeibeamte. „Es braucht eine sofortige Aufstockung der Planstellen, die Kombination von immer weniger Polizisten bei gleichzeitig immer mehr Aufgaben ist grob fahrlässig, wenn es um die Sicherheit unserer Beamten geht“, fordert der freiheitliche Mandatar. Verschärfte Maßnahmen sowie zusätzliche Schutzausrüstung sind dringend erforderlich!

fpoe-noe.at/landtagsklub

ADRESSE

Klub der Freiheitlichen im NÖ Landtag
Landhausplatz 1 | Haus 1
3109 St. Pölten

BÜRO: Montag - Donnerstag 08.00 - 16.00 Uhr, Freitag 08.00 - 12.00 Uhr

ERREICHBARKEIT

Telefon 02742 / 9005 - 13441
Fax: 02742 / 9005 - 13450
E-Mail: post.fpklub@noel.gv.at

FPÖ 
WIR LEBEN HEIMAT

IMPRESSUM

Für den Inhalt verantwortlich:

Klub der Freiheitlichen
im Niederösterreichischen Landtag
Landhausplatz 1 | Haus 1
3109 St. Pölten